



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 23.06.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 30. Juni 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Hinweis:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Es findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 22-V-86-0001

DL 21/22-8

Neubau Sportpark Rheinhöhe

Hinweis: Gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und Sport

2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.2022

3. 22-F-65-0009

Rückkehr zum regulären Fahrplan der Linien 1, 2, 4, 8 und 14

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und Freie Wähler/pro Auto vom 22.06.2022 -

Seit dem 18. März 2022 gilt im Liniennetz von ESWE Verkehr eine Fahrplanreduktion. Für die Linien 1, 4, 8 und 14 gilt der Ferienfahrplan. Die Fahrten der Linie 2 entfallen vollständig. Diese Reduktion gilt, laut der letzten Mitteilung der ESWE Verkehr, bis zum Beginn der hessischen Schulferien. Weiter wird in der Mitteilung ausgeführt, dass es noch nicht feststeht, wie es nach den Sommerferien weitergeht. Als Gründe für die Reduktion wird vorgebracht, dass neben dem sich zwar entspannenden pandemiebedingten Krankenstand auch die Auswirkungen des „9-Euro-Tickets“ eine Reduktion erfordern. Weiter fehlen ESWE-Verkehr aktuell mindestens 30 Fahrer.

Die Linie 2 ist eine reine „Schülerlinie“, die morgens und mittags wenige Fahrten von und nach Sonnenberg und Klarenthal anbietet. Diese Fahrten entfallen nun vollständig, während es bei den Linien 1, 4, und 8 in dem Zeitraum 7 bis 8 Uhr zu einer Reduzierung der Fahrten kommt. Ebenfalls kommt es auf dem Linien-Duo 4 und 14 in der Zeit von 13 bis 18 Uhr zu Reduzierungen.

Der Ausschuss für Mobilität wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten mit ESWE Verkehr Kontakt aufzunehmen und zu berichten,

1. wie der Planungsstand von ESWE Verkehr bzgl. der Einschränkungen auf den Linien 1, 2, 4, 8 und 14 für den Zeitraum nach den hessischen Sommerferien ab dem 05.09.2022 ist?
2. ob der Fahrplan, der vor dem 18. März 2022 gegolten hat, für alle Linien wieder Anwendung findet oder ob die Reduktionen auf diesen Linien weiter bestehen werden?
3. ob generell die Möglichkeit besteht, andere Kürzungen im Liniennetz vorzunehmen, die keine Auswirkungen für die Kernzeiten des Schulverkehrs haben?
4. ob die Möglichkeit besteht, die Linie 2, wie auch bereits auf anderen Linien umgesetzt (beispielsweise sei hier die Linie 18 genannt), als Zubringerlinie zu nutzen? Der Fahrtweg könnte zum Beispiel vom Hofgartenplatz bis zur Kirchgasse und vom Luisenplatz bis zum Hofgartenplatz führen. Von und nach Klarenthal könnte der Fahrtweg von der Graf-von-Galen-Straße zur Wilhelmstraße und von der Kirchgasse zur Graf-von-Galen-Straße führen.

4. 22-F-63-0048

Verkehrssituation Kasteler Rheinufer/Reduit

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 22.06.2022 -

Das Rheinufer ist, vor allem in der Sommersaison, ein beliebtes und vielseitig genutztes Naherholungsziel. Der Abschnitt am Kies-Menz-Kran/Reduit wird in der Folge regelmäßig durch unrechtmäßig abgestellte Pkw gefährdet. So wäre es, z.B. für Rettungswagen, häufig kaum möglich den Einsatzort zu erreichen. Zusätzlich kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Kfz-Verkehr, Radfahrenden und Zu-Fuß-Gehenden auf der Straße am Rheinufer. Um die Sicherheit der Besucher*innen, sowie der Anwohner*innen, zu verbessern, müssen Maßnahmen zur Regulierung getroffen, und das Rheinufer im Bereich Kies-Menz-Kran/Reduit für Pkw von Nicht-Anwohner*innen gesperrt werden. Ein entsprechender einstimmiger Beschluss des Ortsbeirats (Nr. 106/21) erfolgte in dessen Sitzung am 28. September 2021.

Der Ausschuss Mobilität wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge die Verkehrssituation am Rheinufer in Mainz-Kastel verbessern, indem

1. k
urzfristig die Straße Rheinufer zwischen der Einfahrt Rampenstraße und dem Haupteingang der Reduit, zumindest an den Wochenenden, durch geeignete Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr gesperrt und somit die Sicherheit auf der Straße gewährleistet wird,
2. m
ittelfristig der Bereich dauerhaft (durch Schranke, Poller oder Ähnliches) gesperrt bleibt und die Verkehrsführung für An- und Lieferverkehr angepasst wird,
3. ei
n Verkehrskonzept erstellt wird, aus dem hervorgeht, wie langfristig (insbesondere nach Sperrung des Bahnübergangs am Bahnhof Kastel) der gesamte Bereich zwischen Reduit und Bahnhof (einschl. der Parkflächen) verkehrlich erschlossen und für Anwohner*innen zugänglich gemacht werden soll.

5. 22-F-63-0054

Sachstand Umgestaltung Amöneburger Kreisel

- Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, Linke, Volt vom 22.06.2022 -

Sichere Kreuzungsmöglichkeiten am Amöneburger Kreisel für den Fuß- sowie den Radverkehr sind Mangelware. Bis heute fehlt eine Querungsmöglichkeit vom Knettenbrech-Weg beispielsweise zur Bushaltestelle Kasteler Straße und weiter in Richtung Biebrich und zum Bahnhof Wiesbaden-Ost.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen,

Der Magistrat möge berichten,

1. in wessen Zuständigkeit die Einrichtung von Fuß- und Radwegeverbindungen über den Amöneburger Kreisel fällt,
2. wie der aktuelle Stand und wann mit einer Fertigstellung dieser Fuß-/Radverbindungen zu rechnen ist und ob bis dahin durch temporäre Übergänge Abhilfe geschaffen werden kann.

6. 22-F-63-0047

Murnaustraße verkehrsberuhigen

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Volt, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD vom 22.06.2022 -

Die Murnaustraße ist bereits heute eine Tempo 30 Zone. Das scheint, vor allem an Wochenenden, jedoch viele Menschen nicht davon abzuhalten ihre Autos mit sehr hoher Geschwindigkeit zu präsentieren.

Da sich an den Wochenende viele junge Menschen rund um die Murnaustraße treffen, um zu feiern oder Zeit mit Freunden zu verbringen ist die Straße hoch frequentiert durch Fußgänger*innen. Diese sind immer wieder gefährdet durch die rasenden Autos.

Daher sollte die Straße unbedingt für die Besucher*innen des Kulturzentrums, des Parks und die Anlieger*innen sicherer werden.

Mittlerweile wurde sogar eine Petition gestartet mit der Forderung nach mehr Sicherheit auf dem Gelände für die Besucher*innen und die Nachbarschaft.¹

Da selbst die Tempo 30 Zone nicht ausreicht, können hier nur verkehrberuhigende Elemente (z.B. Bremsschwellen) für Abhilfe sorgen.

Der Ausschuss Mobilität wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Im Bereich zwischen dem Schlachthofgelände und der Kreativfabrik kurzfristig Maßnahmen zur Durchsetzung der bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung, in Form von z.B. Bremsschwellen, Fahrbahnverengung oder "Berliner Kissen" umzusetzen. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass die Passierbarkeit für den LKW Anlieferungsverkehr gewährleistet bleibt.
2. Zu prüfen, ob mittelfristig auch weitere Maßnahmen ergriffen werden können, um die Situation in der Straße, konkret an der benannten Stelle, zu verbessern.

7. 22-F-10-0012

Prüf- und Sachstandsbericht E-Tretroller

- Antrag der Fraktion AfD vom 21.06.2022 -

Noch immer gibt es Verbesserungsbedarf in Wiesbaden im Umgang mit den angebotenen E-Tretrollern. So ist beispielsweise die Vorgehensweise der einzelnen Anbieter in Wiesbaden sehr unterschiedlich. Alleine der Anbieter Bolt verlangt nach Beendigung des Mietverhältnisses ein Foto des abgestellten E-Tretrollers, um sich vom ordnungsgemäßen Abstellen zu überzeugen. Alle anderen Anbieter verzichten darauf. Das sogenannte Anforderungsblatt der Stadt an die Anbieter wird weitestgehend ignoriert, da der Nutzer nicht oder nicht ausreichend für ein korrektes Abstellen des Tretrollers sensibilisiert wird.

Am 18. November 2021 wurde in der Stadtverordnetenversammlung mit Antrag 21-F-63-0020 beschlossen, verbindliche Regelungen für die E-Tretroller zu schaffen. Mehr als ein halbes Jahr später ist davon aber noch nichts erkennbar.

Der Ausschuss für Mobilität wolle beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Gespräche mit welchem Ergebnis die Stadt bislang mit den Anbietern geführt hat, um zu einem gemeinsamen Regelwerk zu kommen.
2. Ob die Anbieter Bird, Tier und Limes sich der Vorgehensweise des Anbieters Bolt anschließen werden und ebenfalls ein Foto der abgestellten E-Tretroller verlangen. Wird die Stadt darauf einwirken, dass diese Maßnahme verpflichtend für alle Anbieter wird?
3. Wann der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag für eine angemessene Bepreisung für die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis bzw. der Erlangung der Konzession vorlegen wird.
4. Wie der Stand der Verhandlungen mit den Anbietern und Ortsbeiräten zur Einbeziehung der äußeren Bezirke in das Verleih-Gebiet aktuell ist.
5. Ob die freiwerdenden Flächen des Fahrrad-Verleihs als Sondernutzungsfläche für die E-Tretroller verwendet werden können.

¹ <https://www.openpetition.de/petition/online/verkehrsberuhigung-murnaustrasse-kulturpark>

Wir bitten darum, den Bericht auch schriftlich an alle Fraktionen zu geben.

8. 22-F-63-0052

Widerrechtliches Parken in Wiesbaden

-Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.06.2022 -

Der Motorisierungsgrad² verzeichnet in Wiesbaden in den letzten Jahren einen stetigen Anstieg. Aktuell beträgt er im Jahr 2022 für ganz Wiesbaden 58,7. Das entspricht einer Anzahl von 58,7 PKW je 100 volljährige Einwohner³. Wird kein Parkplatz gefunden, dann werden Fahrzeuge häufig widerrechtlich auf nicht dafür vorgesehenen Flächen abgestellt. Abgestellte Anhänger oder Wohnwagen verknappen den Parkraum zusätzlich und sind aufgrund ihrer langen Abstellzeit eine weitere, den Parkdruck erhöhende Komponente.

Durch falsch geparkte Fahrzeuge kann es zu Beeinträchtigungen oder sogar Gefährdungen von Mensch und Umwelt kommen. So werden beispielsweise Fuß- und Radwege behindert. Beim Parken auf Straßenbegleitgrünflächen wird der Boden unter Umständen so stark verfestigt, dass die Wurzeln von Bäumen Schaden nehmen können.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ob es in Wiesbaden „Hotspots“ für widerrechtliches Parken gibt und um welche Flächen an welchen Standorten es sich dabei handelt. Überdies ist zu berichten, ob diese Bereiche stärker/verstärkt kontrolliert werden.
2. Wie viele Bußgelder wegen Parkverstößen verhängt worden sind.
3. Welche Maßnahmen bereits getroffen und künftig getroffen werden können, um das widerrechtliche Parken auf Straßenbegleitgrünflächen zu unterbinden.
4. Welche Maßnahmen die Stadt Wiesbaden ergreift, um Gehwege für Fußgänger*innen durch falsch abgestellte Fahrzeuge in ausreichender Breite freizuhalten.
5. Welche Maßnahmen die Stadt Wiesbaden ergreift, um Fahrradwege durch falsch abgestellte Fahrzeuge freizuhalten.
6. Welche Maßnahmen die Stadt Wiesbaden ergreift, um Straßen und Kreuzungen für die Durchfahrt von Rettungskräften/Feuerwehrfahrzeugen durch falsch abgestellte Fahrzeuge dauerhaft freizuhalten.
7. Wie viele Anhänger und Wohnwagen seit Beginn der verstärkten Kontrollen (Januar 2022) in Wiesbaden widerrechtlich geparkt worden sind und ob Bußgelder verhängt wurden oder Anhänger und Wohnwagen sogar abgeschleppt wurden.
7.1 Ferner zu berichten, ob sich die Situation durch die verstärkten Kontrollen verändert hat und welche Maßnahmen daraus abgeleitet werden.
8. Wie viele widerrechtlich parkende Fahrzeuge in Wiesbaden in den letzten drei Jahren durch Privatpersonen gemeldet worden sind.
9. Wie viele Verwarnungen wegen Missachtung des Bewohnerparkens ausgesprochen wurden und in welchem Verhältnis dies zur Anzahl der Bewohnerparkplätze steht.
10. Wie viele Verwarnungen wegen Missachtung der Kurzzeitparkregelung (differenziert nach Parkscheiben- und Parkscheinplätzen) ausgesprochen wurden.

² Motorisierungsgrad = PKW je 100 volljährige Einwohner/-innen

³ Wiesbadener Stadtteilprofile: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/stadtportrait/daten-fakten/content/stadtteilprofile.php>

10.1 In welchem Verhältnis diese Verwarnungen zur Anzahl der Kurzzeitparkplätze jeweils stehen.

11. Wie sich die Einsatzzeit der Verkehrspolizei zur Überwachung des ruhenden Verkehrs auf die 26 Ortsbezirke verteilt.

9. 22-F-63-0033

Ladeinfrastruktur für den elektrifizierten Individualverkehr in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.05.2022 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0068 des Ausschusses für Mobilität vom 12.05.2022

10. 22-J-42-0003

Informationsantrag zur Eignung von Superblöcken

- Antrag von Lena Siedenburg, Mia Becker und Hendrik Schücke vom 01.06.2022 -

Aufgrund eines Antrags des Jugendparlaments in der letzten Legislaturperiode 20-22 findet am Sonntag, den 2. Juli ein erster Autofreier Sonntag der Landeshauptstadt Wiesbaden in ausgewählten Superblöcken statt. Dieser bietet Freiraum für kulturelle Begegnungen zwischen Menschen auf der Straße und trägt so maßgeblich zum Anstieg der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden bei. Modelle von regelmäßigen Autofreien Sonntagen wurden bereits in Bezug auf kulturelle Vielfalt und der Entwicklung gemeinsamer Ideen zu Autofreien Innenstädten, in vielen Städten wie unter anderem Hannover ausgiebig erprobt⁴.

Ebenfalls gibt ein Autofreier Sonntag in ausgewählten Superblöcken den Menschen die Möglichkeit sich über die Verkehrswende, sowie über Alternativen zum Individual-Personenverkehr zu informieren und sich mit Expert:innen auszutauschen. Eine weitere positive Eigenschaft eines Autofreien Sonntags, ist die gezielte Umgestaltung von öffentlichen Straßen hinzu kulturellen Angeboten, oder dem Ausbau des Öffentlichen-Personennahverkehrs. Wir als Jugendparlament der Landeshauptstadt Wiesbaden sehen deshalb in Autofreien Sonntagen viel Freiraum und die damit einhergehende Möglichkeit, bestehendes konkret neu zu gestalten und zu verbessern. Aus diesem Grund fordern wir einen regelmäßig stattfindenden Autofreien Sonntag, an gezielt ausgewählten Orten, um Raum für Gestaltungen zu schaffen, ohne den Ökonomisch-relevanten Verkehr zu stören.

Um für einen regelmäßigen Autofreien Sonntag an ausgewählten Orten zu ermöglichen, soll der Magistrat gebeten werden, folgende Informationen auf konkreter Datenbasis zu ermitteln.

Das Jugendparlament hat am 08.06.2022 beschlossen:

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

1. welche Orte/Streckenabschnitte/Wohnblöcke sich für die kulturellen Begegnungen eignen, ohne den Ökonomisch-relevanten Verkehr zu blockieren.
2. inwiefern sich explicit der Streckenabschnitt der Friedrich-Ebert-Allee/Wilhelmstraße von der Bierstädter Straße bis zur Lessingstraße für einen Superblock eignet, ohne Ökonomisch-relevante Strecken zu blockieren.
3. inwiefern der Öffentliche-Personennahverkehr an den Ökonomisch meistgeeigneten Orten/Streckenabschnitten/Wohnblöcken ausgebaut und erneuert werden kann

⁴ <https://www.hannover-online.de/news-lesen/autofreier-sonntag.html>

(-> Siehe 1.).

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-F-60-0004 DL 19/22-1

Aufenthaltsqualität an der Dreililienquelle steigern
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 23.06.2021-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 17.05.2022

2. 22-F-63-0008 DL 20/22-5

Winterdienst Fahrradinfrastruktur
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 19.01.2022-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 04.06.2022

3. 22-F-63-0010 DL 19/22-5

„Immergrüne“ Fußgängerampeln erproben
-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, die Linke und Volt vom 19.01.2022-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 30.04.2022

4. 22-F-69-0017

Schwerlastverkehr: Entlastung für Mainz-Kostheim
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03.2022-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 13.06.2022

5. 22-F-63-0005

Mosbacher Straße zur Fahrradstraße umwandeln
-Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke-

ANLAGEN:
Beschluss Nr. 0075 des Ausschusses für Mobilität vom 12.05.2022
Bericht von Dezernat V vom 21.04.2022

6. 22-V-04-0003 DL 21/22-2

Platz der deutschen Einheit: Stadtplatz und Tiefgarage

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2022. -

- 7. 22-V-05-0015** **DL 20/22-6**
Änderung Bewohnerparkgebühren / Finanzierung des vergünstigten Kinder- und Jugendtickets für den ÖPNV
- 8. 22-V-05-0034** **DL 20/22-7**
Sachstand Emissionsfreier ÖPNV
- 9. 22-V-23-0003**
Parkhaus an der Klarenthaler Straße - Mittelmehrbedarf Generalunternehmer
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2022. -
- 10. 22-V-61-0002** **DL 19/22-28**
Bebauungsplan "Mainzer Straße Bereich C südlich des Siegfriedrings" in den Ortsbezirken Südost und Biebrich - Satzungsbeschluss -
- 11. 22-V-66-0208** **DL 20/22-15**
Haltepunkt Wallauer Spange - Freigabe von Planungsmitteln
- 12. 22-V-66-0213** **DL 21/22-6**
Erbenheimer Straße - Einrichtung eines Fahrbahnteilers
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2022. -
- 13. 22-V-66-0216** **DL 20/22-16**
Hochheimer Straße - Einrichtung einer Radverkehrsanlage, Luftreinhalteplan
- 14. 22-V-66-0218** **DL 20/22-17**
Yorckstraße - Grundhafte Erneuerung, Ausführungsvorlage

15. 22-V-66-0220

DL 21/22-7

Förderprogramm Lebendige Zentren - Gerichtsstraße - Grundhafte Erneuerung und Einrichtung Fußgängerzone

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2022. -

16. 22-V-66-0222

DL 20/22-18

Umbau KP Klarenthaler Straße - Aktualisierung Radverkehrsanlagen und Busbeschleunigung - Luftreinhalteplan

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Vorsitzender